

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Th. Kirchhölzel in Hachenburg.

der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg. Fernruf Nr. 72

65 Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Bringerlohn; durch die
Post 2.25 M. bezogen 75 Pfg. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Sonntag, den 17. März 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechszeilige Zeile 20 Pfg., die Restzeile 10 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik.

Wichtige Tagesereignisse zum Sammel.

März. Gefallene Feuerlärm bei Brosnes und auf
dem Maasufer. In der Ukraine wird Bachmatich
Feindliche Banden, die die Bahnverbindung Kiew —
Kamienka bedrohen, werden zerstreut.

Das rechte Augenmaß.

(Am Wochenschluß.)

Nach eine Spanne Zeit und das große Spritzen,
den und Blüten in der Natur hebt wieder an. Der
unverwundliche Kreislauf schließt den neuen Ring
als Sieger über Tod und Verderben gegen jede
Schließung. Man kann das Weltall um kein Atom
kräftiger Kraft betrügen, es geht kein Stoffhaufen ver-
loren und es läßt sich keines ersparen. Was für das frei-
willige Wehen der Elemente, das gilt auch für die be-
strebende Kulturarbeit der Völker. Auch eine
Katastrophe der Verheerung an materiellen und geistigen
Gütern wird zur Entwicklungsstufe: Trümmer und Asche
gegenwart düngen die Gefilde zukünftigen Aufstiegs.
In eine tröstliche und befreiende Wahrnehmung, wie
es die Abgebrannten haben, mit Nichtmaß und Spitz-
auf der Brandstätte neuem Werke den Grund zu
noch ehe sich die letzten Schwaden des Rauches ver-

Unsere Tage sehen Kleines sich ins Große, ja Gigant-
übertragen. Im Dämlicht aufgehender Friedenssonne
neinen Verheißungen für eine nahe Zeit. Blutrot
aber der Kriegsmantel noch über den westlichen
Himmel und drücken auf See herunter. Mit angehal-
tem Atem harret die europäische Welt der Entscheidung
Dinge, die die nächste Zukunft birgt; die Feinde des
Friedens. Halb läßt sie die bange Sorge, halb das
Wachstum des britischen Va-banquo-Spielers, der
ellos die letzte Unge fremden Völkerblutes einreißt, da
die Partie verloren steht. Der heimtückische Überfall
Holland sucht wie ein greller Blitz durch Nacht und
Tag, in die sich England bisher hüllte, und zeigt der
Welt, daß ihm das Wasser am Hals steht. Gegenüber:
hellsten Tageslichte der Klarheit und Entschlossenheit
Kraftgestalt unseres Vindenburg mit seinen neuesten
Anordnungen an die Öffentlichkeit. Es ist naturgemäß,
an allen Regungen und Ereignissen, die auf die weitere
Entwicklung dieser Lage Schlüsse möglich machen, das deutsche
Volk mit allen Sinnen und vollem inneren Drange hängt.
dennoch hat das vorbereitende Schaffen für kommende
Arbeitsarbeit in wachsendem Maße die Bahn frei. Wollte
man nach dem Ungestüm, mit dem eine großartige politische
kulturelle Reformarbeit aller Orten und Enden ent-
wickelt und gefordert wird, allein urteilen, dann ergäbe
sich ein Überblick an führenden Geisteskräften der Nation
die Erfordernisse unserer heimatischen Verteidigung
aus, der mit Befriedigung und Stolz erfüllen dürfte.
gerade diese neue Offenbarung des Grundgesetzes
des Friedens, das sich einzig und allein auf Friedens-
einstellt, solange es den Nachbarn gefällt, einbindet
davon, mit nüchterner Kritik dem Festhalten an
den Augenmaß das Wort zu reden. Wenn neues
aus den Ruinen will, so drängt es stürmisch
Richte und es ist ganz und gar nicht ver-
ständlich, daß lang zurückgehaltene Ideen von fähiger
Empassung nun die Zeit gekommen erachten, sich
möglich durchzusetzen. Es ist vielleicht ein Verdienst,
beiseiten Enttäuschungen vorzugeben. Der Welt-
krieg und seine Notwendigkeiten haben uns zum Augen-
maß gewöhnt. Ohne mit der Wimper zu zucken, sind
langst im Kleinleben vom kleinen Einmaleins zum
Blick mit sechs Nullen ist nachgerade Einheitsmünze
Hausarbeit der Staaten geworden. Für die Beschaffung
Kriegsbedarf spielt die Kostenfrage keine Rolle.
Hauptfrage bleibt, das alles gut und rechtzeitig da ist.
eiserne Selbstverständlichkeit wird zuerst leise und
weiterhin immer unerschrockener auch für alle weit-
tragenden Zukunftspläne in Anspruch genommen. Ganz
bei dem sei demgegenüber die Zweckmäßigkeit des Apostel-
betont, das uns auffordert zu prüfen bei allem,
was unternommen sei, ob man es habe hinaus-

War manches wird ja im einzelnen in dieser Richtung
noch anzumerken sein; jedenfalls aber mahnt der
einstige Widerstreit der harten Tatsache, daß einer
solchen Milliardenlast des Reiches kostenmäßig ins-
gehende Reformpläne gegenübergestellt werden
zu einiger Zurückhaltung. Der bisherige glänzende
unserer Kriegsanleihe und der vorausgehende
sieghafte der kommenden darf uns auch nicht
verführen, die Grundlagen einer durch und
soliden Finanzgebarung zu lockern. Auf dem
Blatte stehen die Vorgespräche, die vielfach
in letzten Wochen über die steuerliche Belastung

Zeichnet Kriegsanleihe!

Wer den Frieden will, der zeichne Kriegsanleihe!
Ohne Kriegsanleihe kein Sieg, ohne Sieg kein Frieden!
Mit jeder Mark hilfst du den Krieg verkürzen!
Kriegsanleihe ist die Brücke zum Frieden!
Vaterlandsliebe, Sicherheit und Gewinn sind drei
Vürge für den Erfolg der Kriegsanleihe!
Zeichne Kriegsanleihe!
Die Wohlfahrt des großen Ganzen ist auch dein Vorteil!

der kommenden Jahre geführt worden sind. Die sehr
lautenden Haushaltsberatungen im Reich und in
Preußen werden nicht verfehlen, manchem phantastischen
Überschwang ein Ende zu machen. Geistreiche Steuer-
statistiker haben der Verunsicherung nicht widerstanden; ihr
trodenes Handwerk ein bißchen durch allerlei grauliche
Ausblicke zu beleben. Der preussische Finanz-
minister Dr. Hergt hat sich ein großes Verdienst er-
worben, in seiner ausgezeichneten Rede dieser Woche einige
dieser äppigen Wahnträume in dem Sahlengarten rabiaten
Steuertechniker zu knien. Nach ihnen sollte es demnach
dem Staatsbürger blühen, etwa sechs bis sieben Mon-
at lediglich für die Steuerkasse zu arbeiten. Der Minister
hält eine Belastung von 20 bis 25% bereits für zu hoch.
Dafür wird man ihm Dank wissen, ob es sich nun um
kleine Einkommensstöße oder um mittlere oder um ganz
große handelt. Denn das mögen die Rechenmeister nicht
überleben: so tief sie auch den Kopf in diese Töpfe hinein-
stecken: mehr als 100% sind wirklich und wahrhaftig in
keinem Jahr!

Wiederum wieder einem jungen Mann zum
schweben entgegen. Versuche und besonnene Stimmen
haben dieser Voraussicht Ausdruck gegeben. Wir wollen
dieser Zeit in froher Erwartung entgegenleben und nicht
verfäulen, was ihr den Weg verbauen könnte. Deutsch-
land ist es aber nicht, Vorschlag zu nehmen auf ungewiss-
lichkeiten. Lassen wir also die Konten von Bogen-
und Vermögen zur guten Stunde in festerem Gleichgewicht!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ In der letzten Bundesratsitzung wurden die Entwürfe
zu Gesetzen über die vorläufige Regelung des Reichs-
haushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das
Rechnungsjahr 1918 und der Entwurf einer Bekannt-
machung über die Krankenversicherung und Wochenhilfe
während des Krieges angenommen. Es handelt sich also
um ein Notgesetz für den Reichshaushalt, dessen rechtzeitige
endgültige Befreiung wohl nicht möglich erscheint.

+ Mit der an Holland gerichteten Forderung des
Vielverbandes beschäftigte sich im Auswärtigen Amt eine
Konferenz, an der außer den leitenden Persönlichkeiten
unserer auswärtigen Politik Vertreter der ausländischen
Militär- und Marineinstanzen teilnahmen. Zur Erörterung
stand ausschließlich die Frage, welche Maßnahmen wir zu
ergreifen haben für den Fall, daß Holland die Verbands-
bedingungen annehmen sollte. Nach den vorliegenden
Nachrichten dürfte es jedoch zu einem Eingehen der Nieder-
lande auf die Forderung der Entente keineswegs kommen.
Es sollen, dem „Tag“ zufolge, nach dieser Richtung bestimmte
Versicherungen vorliegen.

+ Der jetzige Oberpräsident der Provinz Pommern und
frühere Reichskanzler Dr. Michaelis sagt über die Ur-
sachen seines Rücktritts in einem Schreiben an die
Kriegszeitung des Korps „Guessthalia“ zu Würzburg: Ich
stand in schwerem Konflikt, denn ich mußte eine Politik
übernehmen, die ich innerlich nicht bejahte und doch nicht
ändern konnte. In solchen Fällen muß man seinen
inneren Menschen ausgeben oder sein Amt. Die Wahl
war nicht schwer.

+ Wie man erfährt, ist der Fall Dalmier den ordent-
lichen Gerichten übergeben worden. Die Staatsanwalt-
schaft hat alles Material in die Hände bekommen, das sich
zur Beurteilung der Frage, ob das Verhalten der Firma
Krausnisch zu treffen ist, notwendig gemacht hat. Dem
Direktor, Kommerzienrat Berge, ist verboten worden, in
den Geschäftsbetrieb einzugreifen. Die militärische Auf-
sicht, der die Leitung unterstellt ist, hat die Fortführung
der Produktion in ihrem bisherigen Umfang und auch in
dem Umfang der bisherigen Produktionsresultate ge-
währleistet.

+ Daß die Reichstagswahl in Niederbarnim
eine Stichwahl zwischen den Vertretern der sozialdemo-
kratischen Mehrheit und den Unabhängigen Sozialisten
notwendig machen würde, war vorauszuweisen. Dennoch
war man hier und da überrascht von der großen Nieder-

lage, die die Unabhängigen in dem ehemaligen Wahlkreise
Stadthagen erlitten haben. Während Abgeordneter Wisell
(soz. Mehrheit) 28 422 Stimmen auf sich vereinigte, brachte
es der Unabhängige Dr. Breitscheid nur auf 18 640
Stimmen. Daß Wisell in der Stichwahl siegt, ist un-
zweifelhaft, die rührige Tätigkeit der Frau Dr. Breitscheid
für ihren Gatten wird nichts daran ändern. Nach dem
Wahlkreise Spandau-Oranienburg, den früher Viehnecht
vertrat, verlieren die Unabhängigen nun auch ihre Hoch-
burg Niederbarnim. Die Wählermassen haben ihre Oppo-
sition verworfen.

+ Im Hauptauschuß des Reichstages führte Reichs-
bankpräsident Hagenstein aus, daß die Gewinne der
Reichsbank während des Krieges ungeheuer gestiegen seien.
Der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach teilte
mit, daß die im Kriege geschaffenen Neubauten für Kriegs-
zwecke der Friedenswirtschaft zugute kommen sollen. Bei
der Besprechung über die Eisenbahnbetriebsmittel wurde
vom Eisenbahnminister darauf hingewiesen, daß Betriebs-
störungen jetzt unvermeidlich seien. — Es wurde dann die
Erparungsdebatte fortgesetzt, bei der von verschiedenen
Mitgliedern eine Herabsetzung der Preise verlangt wurde.

+ Die Besprechungen des Generalfeldmarschalls von
Sindenburg mit den führenden politischen Kreisen in
Berlin haben die Folgerungen zum Gegenstand gehabt, die
sich für uns aus dem Friedensschluß im Osten ergeben.
Die Verhandlungen zeigten volle Übereinstimmung. Über
die Probleme des Westens ist bei diesen Verhandlungen
nicht gesprochen worden.

+ Dem Hauptschriftleiter der Münch. N. Nachr. gegen-
über äußerte sich der frühere Reichskanzler v. Bethmann
Hollweg über die Instruktion an Völklinger v. Schöen:
Hätte Frankreich unter dem Schutze einer scheinbaren an-
hänglichen Neutralität seine Vorbereitungen bis aufs letzte
beendet, um dann in einem ihm günstigen Augenblick, wo
wir im Falle eines unglücklichen Ausgangs, sehr un-
gewisse Lage wir geraten wären. Nur eine mit
sicheren Garantien umgebene Neutralität konnte uns davor
schützen. Eine solche Garantie aber war wiederum nach
dem Urteile der ausländischen militärischen Instanzen nur
gegeben, wenn in den Gürtel der uns vorgelagerten
französischen Festungen und Sperrforts ein Loch gesprengt
wurde. Am Vaterlande hätte ich mich in seiner höchsten
Not versündigt, wenn ich über dieses militärische Urteil
hinweggegangen wäre.

+ In der Antwort des Kaisers an den kurländischen
Landesrat heißt es: Mit herzlichster Freude habe ich die
Mit im Namen des kurländischen Landesrats überbrachten
treuen Grüße empfangen. Mein Herz ist tief bewegt und
von Dank gegen Gott erfüllt, daß es mir vergönnt ge-
wesen ist, deutsches Blut und deutsche Kultur vor dem
Untergang zu retten. Gott segne Ihr Land, dem deutsche
Treue, deutscher Mut und deutsche Ausdauer das Gepräge
gegeben haben.

Holland.

+ Amerika und England haben der Regierung mit-
geteilt, daß, wenn die Abmachungen über die Benutzung
holländischer Schiffe durch den Verband nicht bis zum
15. d. M. angenommen sind, die Schiffe ohne weiteres
zum Gebrauch der Verbündeten genommen werden. Mit
anderen Worten, Amerika und England stellen ein Ulti-
matum, daß in seiner expressen Art keinesgleichen in
der Weltgeschichte nicht hat. Die holländische Presse ist
aufs höchste entrüstet. Sie erklärt, daß Holland mit
Gegenmaßnahmen Deutschlands rechnen müsse.

Italien.

+ Auf eine Verlängerung der schweren wirtschaft-
lichen Krise, unter der das italienische Volk leidet, be-
reitet Crespi in einer längeren Rede im Senat vor. Er
teilte mit, daß mancherlei Vorkommnisse und Hemmnisse,
besonders aber der Frachtraummangel die Versorgung
Italiens mit Brotgetreide und Kohlen immer schwieriger
gestalte. Es hätte wenig gefehlt, so hätten im Januar
alle für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe geschlossen
werden müssen. Durch den Vertrag zwischen Schweden
und der Entente sei der Frachtraummangel hoffentlich be-
boben. (Schweden will 400 000 Tonnen Schiffsraum
überlassen.)

Frankreich.

+ Eine allgemeine Kirchenkonferenz, die für die neu-
tralen und kriegführenden Länder dieselbe Bedeutung haben
soll wie die Stockholmer Konferenz für die Sozialisten,
wor bei der Föderation der protestantischen Kirchen Frank-
reichs durch den Erzbischof von Upsala, den Bischof von
Christiania und den Bischof von Seeland angeregt worden.
Die Föderation hat die Teilnahme an einer solchen Zu-
sammenkunft abgelehnt.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 15. März. Unter Leitung des Staatsrates
Dr. Jöst hat die finnische Gesandtschaft hier ihre Tätig-
keit begonnen.

Berlin, 15. März. Der bevölkerungsmässige Ausschuss

Werkblatt für den 17. und 18. März.
Sonnenanfang 6^h 6^m | Mondanfang 7^h 3^m (8^h 3^m)
Sonnenuntergang 6^h 6^m | Monduntergang 12^h 3^m
17. März. 1813 Errichtung der preussischen Landwehr. Friedrich Wilhelm III. Ausruf „An mein Volk“. — 1861 Viktor Emanuel I. wird König des geeinigten Italiens. — 1917 Verlegung der deutschen Front zwischen Arras und Abbeville. Die Engländer und Franzosen besetzen Dapaume, Veronne, Ronon und Rode.
18. März. 1818 Revolution in Berlin: Sturz des Ministeriums Eichhorn. — 1871 Geschichtsschreiber und Literaturhistoriker Gertraud. — 1876 Ferdinand Freiligrath gest. — 1913 Georg I. von Griechenland in Saloniki ermordet. — 1915 Russische Reichswehrhaufen plündern Rumel. — Der Hauptangriff der englisch-französischen Flotte auf die Dardanellen scheitert unter schweren Verlusten. — 1918 Endgültige Einverleibung des Nord-epirus an Griechenland. — 1917 Heftige Kämpfe bei Monastir.

des Abgeordnetenhauses hat einstimmig beschlossen, die Verteilung zu erlassen, für die Gewährung der Kriegswundenhilfe an alle Ehefrauen einzutreten, deren Ehemänner Krankenkassenmitglieder sind.

Braunschweig, 15. März. Der Entwurf einer Wahlreform ist jetzt dem Landtage zugegangen. Das braunschweigische Parlament soll auch in Zukunft aus nur 48 Abgeordneten bestehen. Davon sollen 30 Abgeordnete aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen und die übrigen 18 Abgeordneten aus Wahlen der Berufsstände hervorgehen.

Stuttgart, 15. März. Die württembergische Kammer nahm einen Beschluss an, nach dem die Tagelöhner der Abgeordneten von 15 auf 25 Mark erhöht werden.

Stuttgart, 15. März. In dem Verfahren gegen die Daimler-Motoren-Gesellschaft haben vor dem hiesigen Landgericht die ersten Vernehmungen stattgefunden. Generaldirektor Kommerzienrat Berger wurde vernommen, ihm wird Betrug und Kriegswucher zur Last gelegt.

München, 15. März. Gestern wurde hier die Gründung eines deutsch-ukrainischen Wirtschaftsverbandes beschlossen.

Stockholm, 15. März. Nach einer Petersburger Meldung ist Fürst Lwow von dem Befehlshaber der nördlichen Front verhaftet worden.

Sofia, 15. März. Der rumänische konservative Politiker Marghiloman hatte eine längere Unterredung mit dem Grafen Czernin. Man spricht daraus wohl mit Recht, daß er eine Annäherung an die Mittelmächte anbahnen wird.

Sofia, 15. März. Wie Savaas aus Petersburg berichtet, wurde Großfürst Michael nach Perm verbannt. Großfürst Johann Konstantinowitsch empfing die Briefwechsel.

Deutscher Reichstag.

(141. Sitzung.) CB. Berlin, 15. März.
Vizepräsident Baasche eröffnet die Sitzung. Eingegangen ist das Staatsnotgesetz. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

10 kleine Anfragen.

II. a. beschwert sich Abg. Fischer (Soc.) über das Schicksal der Gefangenentransporte in den Straßen von Berlin. Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärt, die Bestimmungen würden bereits nachgeprüft und evtl. geändert werden. Auf eine Anfrage des Abg. Dierl (Soc.) betreffend die Erhöhung der Gefangenenernährung beim Auszahlung an die Angehörigen, betont der Vertreter des Ministers, die höhere Löhnung liege nur den Unteroffizieren und Mannschaften selbst zu. Trotzdem seien die Generalkommandos angewiesen worden, auch die den Angehörigen überwiesenen Beträge entsprechend zu erhöhen. Endlich fragt Abgeordneter Dr. Müller-Meinungen (Sp.) nach dem Gefangenentransportverkehr mit Russland und nach der Rückkehr unserer dortigen Gefangenen. Generalmajor Friedrich antwortet, die Verschlimmerung der Zustände rühre von dem Verkehrschaos in Russland her. Jetzt werde eine Postzentrale in Petersburg eingerichtet. Aus denselben Gründen sei der Rücktransport der Gefangenen schwierig; außerordentlich viele unserer Gefangenen seien aber schon auf eigene Faust zurückgekehrt. Der Gefangenentransport über die

Kriegsausgaben der Reichsbank

wird in zweiter und alsbald auch in dritter Lesung angenommen. Die Abg. Zimmermann (natl.) und Dr. Arendt (Dsch. Fr.) hatten besonders dem Reichsbankpräsidenten den Dank des Volkes ausgesprochen; ihm sei es in erster Linie zu danken, daß dem Reiche nun wieder 180 Millionen überwiesen werden könnten.

Für den Neubau eines Dienstgebäudes der Reichsschuldenverwaltung werden 8 1/2 Millionen Mark gefordert. Abg. v. Camp (Dsch. Fr.) findet die Forderung angesichts der Finanzlage des Reiches zu hoch; alle Behörden brauchen nicht in Berlin selbst zu sein. Unterstaatssekretär Dr. Zahn tritt für Bewilligung ein im Interesse des Zusammenarbeitens der Behörden. Abg. Pfeiffer (Sentr.) beklagt die Konzentration von Behörden, Kriegsgesellschaften usw. in Berlin, die im Reiche Mißstimmung erzeuge. Die Vorlage geht an den Hauptauschuß.

Die Vorlage über Kriegszuschüsse zu Gerichtsgebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher wird ohne Debatte einem Ausschuss von 21 Mitgliedern überwiesen.

Geänderter Arbeitsplan des Reichstages.

Der Ältestenrat des Reichstages trat heute vor Beginn der Vollziehung wiederum zu einer Sitzung zusammen, die durch den Wunsch des Hauptauschusses veranlaßt war, den Fall Daimler noch vor Ostern auch im Plenum zur Entscheidung zu bringen. Infolge dessen wurde eine Umstellung des Arbeitsprogramms vorgenommen, und zwar in der Weise, daß am Montag nach dem Rotiert der Teil der Ausschussverhandlungen zur Beratung gestellt werden soll, der sich mit dem Fall Daimler beschäftigt; erst im Anschluß daran sollen die Friedensverträge mit Finnland und Russland zur Beratung kommen.

Es folgt die Beratung des Reichstagesgesetzes.

Abg. Ruchhoff (Sentr.) erklärt, daß seine Partei die Konfessionierung der Reichstagsverwaltung für erwünscht halte, gegen einzelne Bestimmungen aber noch Bedenken habe, beispielsweise gegen die, daß nicht der Veneraber seine Superlativität, sondern die Polizei seine Unzuverlässigkeit nachweisen solle.

Abg. Schulz (Soc.) Die Entwicklung des ganzen Kinowesens sei sprunghaft gewesen. Heute seien in Kinos Milliarden angesetzt. Auch seine Partei halte ein Reichstagesgesetz in Verbindung mit einem Reichstagesgesetz für angebracht, aber der vorliegende Entwurf sei Stiefwerk.

Abg. Dr. Kerichkeiner (Sp.) fällt ein hartes Urteil über das Kino. Nicht nur seine Freunde, sondern wohl die große Mehrheit des Hauses sehe in der ungeordneten Entwicklung des Kinowesens eine Gefahr für die Volksbildung. Das müsse nicht so sein, und damit es nicht so sei, habe man das Kinogebäude eingebracht, das es als einen Fortschritt begrüße.

Im gleichen Sinne sprachen die Abgeordneten Dr. Ortman (natl.), Graf v. Carmer (L.) und Wumm (Dsch. Frakt.) Letzterer hätte sogar eine Reichstagsentscheidung über die Kinogebäude

gen gewünscht, denn im Kinowesen sei an Stelle der Freiheit die Zügellosigkeit getreten, und es seien dadurch große sittliche Werte vernichtet worden.

Abg. Dr. Ebn (L. Soc.) wendet sich gegen die großen Monopolkonzerne auf dem Gebiete des Lichtbildwesens, die offenbar politische Zwecke verfolgen. Es sei bedauerlich, daß das neue Gesetz nicht auch diese Gesellschaften treffe.

Nach weiterer Debatte wird der Entwurf einem Ausschuss überwiesen, und das Haus vertagt sich auf Montag. Tagesordnung: Etat des Auswärtigen Amtes.

Einem Teil der Sitzung wohnte die hier weilende kurländische Abordnung bei.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhauses.

(128. Sitzung.) Ks. Berlin, 15. März.

Junächst wurde heute das aus dem Hause beantragte Staatsnotgesetz dem zuständigen Ausschuss überwiesen. Nach begann die Beratung der

Feuerungszulagen.

Nach der ausführlichen Berichterstattung des national-liberalen Abg. Dr. Gottschalk begrüßte Finanzminister Dr. Dergt das Zustandekommen einer Einigung zwischen dem Hause und der Regierung. Er kündigte eine Darlehensbilanzaktion für die Beamten und weiteres Zusammenarbeiten mit den Beamtenorganisationen an. Der konservative Abg. Dölge sagte, daß es den Leuten in den Großstädten mit der Ernährung und auch sonst erheblich besser gehe als auf dem Lande und in den Kleinstädten. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Schulte seiner Besprechung des Kompromisses einige Betrachtungen über die Gefährdung des Beamtentums durch den langen Krieg, wenn ihm der Staat nicht beisteht und hilft, voraus.

Abg. Leinert (Soc.) stimmte den Vorrednern zu, die Feuerungsbeiträge dürften aber nicht zu einem ständigen Begriff in der Beamtenwelt werden.

Abg. Döllus (Sp.) begrüßte die Veranlassung der Beamten bei den Zulagenfestsetzungen. Der National-liberale Gottschalk und der Freikonservative Dr. Wagner sprachen noch ihre Befriedigung aus, dann wurden die Ausschussanträge angenommen und das Haus vertagte sich auf nächsten Montag.

Überwachung der Heereslieferungen.

Aus dem Hauptauschuß des Reichstages.

Berlin, 15. März.

Der Hauptauschuß des Reichstages beriet heute abermals die Frage der Heereslieferungen. Dabei wurden wiederum die Fälle Daimler und von Behr-Blinnow erörtert. Schließlich wurden folgende Anträge einstimmig angenommen:

In sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und andere für die Berechnung der Preise maßgebende Unterlagen überwachen zu lassen, sobald bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen einzurichten, eine Zentralprüfungsstelle der Heereslieferungen zu schaffen, die die Tätigkeit aller einzelnen Preisprüfungsstellen überwachen soll.

Zurückgezogen wurde der Antrag, die für den Heeres- und Marinebedarf arbeitenden Betriebsleitungen zu militarisieren und diesen Betrieben für die Zeit der Militarisierung nur solche Preise zu zahlen, welche die Verzinsung des investierten Kapitals zu 5 % gestatten.

Die Kurländer beim Kanzler.

Berlin, 15. März.

Die kurländische Abordnung, die der deutschen Regierung die Beschlüsse des Landesrates über die Zukunft Kurlands mitzuteilen beauftragt ist, traf gestern Abend ein. Sie besteht aus dem Präsidenten des Landesrates, Baron v. Radde, dem Generalintendanten Bernerius als Vertreter der evangelischen Kirche, dem stellvertretenden Stadtvogt (Oberbürgermeister) von Libau, Rechtsanwalt Melowien und dem Gemeindevorsteher Weichard als Vertreter der litauisch-lituanischen Bevölkerung. Die Abordnung wurde heute vormittag vom Reichskanzler empfangen.

Anlässlich der Anwesenheit der Vertreter der Rigauer Kaufmannschaft in Berlin hatte der Kriegsauschuß der deutschen Industrie ein Festmahl veranstaltet. In längerer Rede verbreitete sich der Vorsitzende des Rigauer Vertrauensrates Kaufmann Reimers über das Verhältnis zwischen Deutschen und Letten und führte aus, daß die letzteren durch Russland systematisch gegen das Deutschtum aufgehetzt worden seien. Zum Schluß sagte der Redner: Ich erhebe mein Glas für das deutsche Volk und seine gelehrte Führung und unseren Kaiser, den auch ich von jetzt an unseren Kaiser nennen möchte.

Mit aller Kraft gegen den Westen.

Hindenburg und Ludendorff über die Lage.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Generalquartiermeister Ludendorff empfingen im Großen Hauptquartier eine Anzahl von Pressevertretern, um die allgemeine militärpolitische Lage zu erörtern. Dabei führte Generalfeldmarschall v. Hindenburg aus:

Die Kette, die uns erwürgen sollte, ist gesprengt. Jetzt können wir uns mit aller Kraft gegen den Feind wenden. Aber die Vorwürfe wegen der Friedensbedingungen, die Russland unterzeichnen mußte, sagte der Feldmarschall, der Krieg ist keine weiche Sache. Was Ostpreußen erlebt hat, darf sich nicht wiederholen, deshalb brauchen wir

Grenzicherungen.

Die Randstaaten hängen für sich allein in der Luft, müssen sich an starke geordnete Staatswesen anlehnen. Das ist geographisch das Deutsche Reich.

Ludendorff fügte hinzu: Nicht wir haben, sondern Russland hat sich selbst in die Zwangslage gebracht; wir haben ja doch mit der Ukraine und Litauen uns verständigt. Dasselbe konnte Russland auch haben. Es wollte nicht, da mußten wir es eben zwingen. Jetzt ist die Lage im Osten fast völlig frei. Finnland und Ukraine haben uns zu Hilfe gerufen. In Finnland finden wir bereits eine heimische, organisierte Armee, die weiße Garde, die mit uns zusammengeht. In der Ukraine wird ein Heer erst geschaffen, dort müssen wir die Durchführung der ausgemachten Friedensbedingungen sichern, vor allem das uns vertragsmäßig zustehende Getreide.

Die kommenden Kämpfe im Westen.

Unsere Front im Westen, so führte Hindenburg weiter aus, die noch im vorigen Jahr den Kampf gegen Italien, England, Frankreich mit stark unterlegenen Kräften führen mußte, steht jetzt anders da. So schwer es war, erst mußte im Osten Ruhe geschaffen und im Süden Italien geschlagen werden. Jetzt sind wir dem Feind überlegen an Mannschaften und Material, Luftstreitkräften, Tanks, Gas, alles steht bei uns in stärkster Weise bereit. Was der Feind angreifen, uns kann's recht sein, und wenn er den Frieden nicht will, soll er den Kampf haben. Der wird natürlich das gewaltigste Stück des ganzen Krieges, aber unsere prachtvollen Soldaten, denen wir alles verdanken, werden durchhalten. Derselbe Geist der Entschlossenheit und Selbstaufopferung in der Heimat ist nötig, dann werden wir mit Gottes Hilfe einen ehrenvollen Frieden erringen, einen deutschen, keinen weichen Frieden.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 15. März.

Amfisch wird gemeldet: Im Sperrgebiet um England, vorwiegend im Ärmelkanal, fügten unsere U-Boote den Gegnern neuerdings einen Verlust von 20 000 Br.-Reg.-Tonnen Handelsschiffsräumen zu.

Alle versenkten Dampfer, darunter drei wertvolle Schiffe von 4000 bis 5000 Br.-Reg.-Tonnen, waren bewaffnet und größtenteils stark gesichert. Namentlich festgestellt wurde der tiefbeladene französische Dampfer „Senegambie“ (1628 Br.-Reg.-Tonnen). Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat der Kapitänleutnant Viedeg.

Im Anschluß an eine Patrouillenfahrt in der Nordsee besetzte eines unserer Marine-Luftschiffe, Kommandant Kapitänleutnant Dietrich, in der Nacht vom 13. zum 14. den Hafen und die Industrieanlagen von Hartlepool erfolgreich mit Bomben. Das Luftschiff hat trotz sehr heftiger Gegenwirkung keinerlei Beschädigungen erlitten.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Stand der Friedensverhandlungen.

Die Ratifikation des Friedensvertrages mit der Ukraine ist bis zum Austausch der Urkunden gegeben nur Österreich und Bulgarien sind noch nicht fertig. Bei Russland betrifft, so ist im Vertrag vorgesehen, daß die Urkunden innerhalb 14 Tagen auf Wunsch eines Beteiligten ausgetauscht werden. Von uns ist ein solcher Wunsch noch nicht ausgesprochen worden. Der Vertrag ist aus Vukovar in Berlin eingetroffen und geht dem Bundesrat zu. Der rumänische Unterhändler ist aus Jassy zurückgekehrt. Nunmehr dürften die Hauptverhandlungen wieder aufgenommen werden. Bisher handelte es sich um Kommissionsverhandlungen über Rechts-, politische und wirtschaftliche Fragen, die einen günstigen Verlauf nahmen.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhäbel in Hachenburg.

Todes- + Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlus gefallen, heute nachmittags 5 Uhr meinen lieben guten Mann, unseren treusorgenden Vater, Schwiegerjohn, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Wagnermeister

August Fischer

im 62. Lebensjahre nach längerer, mit großer Geduld getragener Krankheit zu sich in die selbige Ewigkeit abzurufen.

Schlert, Friemersheim, westl. Kreis, Schaaploß, Magdeburg, den 16. März 1918.

Im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen: Frau August Fischer geb. Hilpisch.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr statt.

Wieder eingetroffen:
Ämtlicher Talschenfahrplan
des
Eisenbahndirektionsbezirks
Frankfurt a. M.
Preis 25 Pfg. das Stück.
Buchhandl. Th. Kirchhübel
Hachenburg.

Garten
oder zu Garten geeignetes Ackerland
für sofort zu pachten gesucht
Frau v. Brunsdorf Wall 46
Hachenburg.

Kindermädchen
für sofort gesucht.
Frau Karl Winter
Hachenburg.

Gefangenentant
in hiesiger Gegend
Röchin.
Auch Kriegerfrauen können sich melden. Lohn nach Vereinbarung.
Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Junges Mädchen
von 17-22 Jahren bei g. Bindung für Küche, besseres Speisehaus per sofort gesucht. Lohn 30 monatl. Kenntnisse nicht erforderlich.
Frau B. Sauer
Central-Speisehaus
Düsseldorf, Bismarckstr.